

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Bearbeiter der 9. Auflage	VII
Abkürzungen	XXXVII
Abgekürzt zitierte Literatur	XLV
Einleitung	1

Abmahnung und Unterwerfung 7

Kapitel 1:	Begehungsgefahr	9
Kapitel 2:	Das Recht der Abmahnung	27
Kapitel 3:	Anwendungsbereich der Abmahnungsregeln.	61
Kapitel 4:	Die unberechtigte Abmahnung	80
Kapitel 5:	Aufklärungspflicht des Abgemahnten	105
Kapitel 6:	Beseitigungs- und Gegenmaßnahmen des Abgemahnten	111
Kapitel 7:	Die Schutzschrift	118
Kapitel 8:	Die Unterwerfungserklärung	139
Kapitel 9:	Unterwerfungserklärung und Zuwiderhandlung	202
Kapitel 10:	Kosten der Abmahnung	215
Kapitel 11:	Kosten der unterbliebenen Abmahnung.	253
Kapitel 12:	Die Einigungsstelle nach § 15 UWG	254

Die Unterlassungsklage 273

1. Abschnitt: Allgemeines, Zuständigkeiten 275

Kapitel 13:	Rechtliche und wirtschaftliche Funktion der Unterlassungsklage	275
Kapitel 14:	Rechtsweg	281
Kapitel 15:	Internationale Zuständigkeit, Probleme grenzüberschreitender Verfahren	306
Kapitel 16:	Örtliche und sachliche Zuständigkeit	350

2. Abschnitt: Die Parteien 378

Kapitel 17:	Der Kläger des Unterlassungsprozesses	378
Kapitel 18:	Die Verbandsklagebefugnis	393
Kapitel 19:	Der Missbrauch der Prozessführungsbefugnis	445
Kapitel 20:	Der Beklagte des Unterlassungsprozesses	473

3. Abschnitt:	Die Anträge	494
Kapitel 21:	Der Unterlassungsantrag	494
Kapitel 22:	Die Klageänderung.	510
Kapitel 23:	Anträge und Einwendungen des Beklagten	515
Kapitel 24:	Vorlage an den EuGH gemäß Art. 267 AEUV	528
4. Abschnitt:	Das Verfahren bis zum Urteil	546
Kapitel 25:	Die mündliche Verhandlung	546
Kapitel 26:	Die Beweisaufnahme.	557
Kapitel 27:	Demoskopische Gutachten	584
Kapitel 28:	Das Berufungsverfahren	642
Kapitel 29:	Das Revisionsverfahren	675
Kapitel 30:	Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	697
5. Abschnitt:	Erledigungen des Verfahrens ohne Urteil	709
Kapitel 31:	Der Vergleich.	709
Kapitel 32:	Die Erledigung der Hauptsache	718
Kapitel 33:	Die Verjährung	739
6. Abschnitt:	Das Urteil	756
Kapitel 34:	Das Unterlassungsurteil.	756
Kapitel 35:	Die Rechtskraft des Unterlassungsurteils	763
Kapitel 36:	Nachträgliche Veränderungen und Rechtskraft	836
Kapitel 37:	Prozessuale und vollstreckungsrechtliche Kontinuität beim Wechsel des Unterlassungsschuldners (§§ 325, 265, 727 ZPO)	850
Kapitel 38:	Folgen für Unterlassungstitel bei Veränderungen auf der Aktivseite	860
Kapitel 39:	Die Veröffentlichungsbefugnis	861
Kapitel 40:	Die Aufbrauchfrist	874
7. Abschnitt:	Streitwert und Kosten	886
Kapitel 41:	Die Kostenentscheidung	886
Kapitel 42:	Der Streitwert	890
Kapitel 43:	Die Streitwertminderung.	916
Kapitel 44:	Kostenerstattung im Wettbewerbsprozess.	922

Die einstweilige Verfügung.	955
--	------------

1. Abschnitt: Die wettbewerbliche einstweilige Verfügung	957
---	------------

Kapitel 45:	Die einstweilige Verfügung in Wettbewerbssachen	957
Kapitel 46:	Voraussetzungen einer einstweiligen Verfügung.	962
Kapitel 47:	Verfügungsgrund (Dringlichkeit)	979
Kapitel 48:	Der Streitgegenstand.	1022
Kapitel 49:	Ungeeignetheit des Verfügungsverfahrens.	1025
Kapitel 50:	Einstweilige Verfügung und Hauptsache	1029

2. Abschnitt: Das Verfahren	1034
--	-------------

Kapitel 51:	Der Verfügungsantrag und seine Rücknahme.	1034
Kapitel 52:	Glaubhaftmachung.	1044
Kapitel 53:	Das Beschlussverfahren	1074
Kapitel 54:	Das Urteilsverfahren	1127
Kapitel 55:	Das Berufungsverfahren bei der einstweiligen Verfügung.	1143
Kapitel 56:	Besonderheiten in Verfahren der einstweiligen Verfügung	1156
Kapitel 57:	Wiederholte und parallele Verfügungsverfahren	1176

3. Abschnitt: Der Verfügungstitel	1189
--	-------------

Kapitel 58:	Inhalt der einstweiligen Verfügung	1189
Kapitel 59:	Die Vollziehung der einstweiligen Verfügung.	1196
Kapitel 60:	Abschlussklärung und Abschluss schreiben	1222

4. Abschnitt: Aufhebung der einstweiligen Verfügung	1245
--	-------------

Kapitel 61:	Aufhebungsverfahren	1245
Kapitel 62:	Aufhebung nach § 927 ZPO	1253
Kapitel 63:	Aufhebung nach § 926 ZPO	1270
Kapitel 64:	Schadensersatz nach § 945 ZPO	1289

Die Unterlassungsvollstreckung	1311
---	-------------

Kapitel 65:	Unterlassungsvollstreckung, Handlungsvollstreckung und Beschlagnahme.	1313
Kapitel 66:	Vollstreckungsvoraussetzungen (Unterlassungsvollstreckung). . .	1345
Kapitel 67:	Titelauslegung, Auslegung von Unterwerfungserklärungen . . .	1378
Kapitel 68:	Zu widerhandlung und zeitlicher Titelbestand.	1398
Kapitel 69:	Vollstreckungsverfahren	1412

Kapitel 70:	Vollstreckungsentscheidung nach § 890 ZPO.	1434
Sonstige wettbewerbliche Klagen.		1463
Kapitel 71:	Die Schadensersatzklage	1465
Kapitel 72:	Die Bereicherungsklage	1476
Kapitel 73:	Die Feststellungsklage	1481
Kapitel 74:	Die Auskunftsklage und die Rechnungslegungsklage	1488
Kapitel 75:	Die Beseitigungsklage	1502
Kapitel 76:	Die Gewinnabschöpfungsklage	1513
Kapitel 77:	Besichtigung von Sachen und Vorlage von Urkunden	1521
Besonderheiten des Kartellzivilprozesses.		1541
Kapitel 78:	Das Verfahren in zivilrechtlichen Kartellstreitigkeiten	1543
Kapitel 79:	Zuständigkeit.	1551
Kapitel 80:	Aktiv- und Passivlegitimation.	1558
Kapitel 81:	Einstweilige Verfügung	1563
Kapitel 82:	Vergleich über Marktverhalten	1566
Kapitel 83:	Akteneinsicht und Offenlegung von Beweismitteln	1569
Kapitel 84:	Schadensersatzklage	1577
Kapitel 85:	Verjährung	1594
Kapitel 86:	Kollektivschadensersatz	1598
Kapitel 87:	Gesamtschuldnerausgleich	1607
Entscheidungsregister (BGH)		1611
Entscheidungsregister (EuGH).		1673
Stichwortverzeichnis		1679

Vorwort	V
Bearbeiter der 9. Auflage	VII
Abkürzungen	XXXVII
Abgekürzt zitierte Literatur	XLV
Einleitung	1
Abmahnung und Unterwerfung	7
Kapitel 1: Begehungsgefahr	9
I. Gesetzliche Grundlagen	10
II. Begehungsgefahr als Anspruchsvoraussetzung	11
1. Verbotsnorm als Bezugsgegenstand	11
2. Umfang der Begehungsgefahr.	13
III. Formen der Begehungsgefahr	16
1. Wiederholungsgefahr	16
2. Erstbegehungsgefahr	21
Kapitel 2: Das Recht der Abmahnung.	27
I. Übersicht	29
1. Gesetzliche Grundlagen	29
2. Rechtliche Bedeutung der Abmahnung	31
II. Rechtscharakter der Abmahnung	33
1. Begriffsbestimmung	33
2. Kennzeichnende Merkmale	35
3. Anwendbarkeit rechtsgeschäftlicher Regeln	37
III. Bestandteile der Abmahnung.	40
1. Notwendige Angaben zum abgemahnten Anspruch.	40
2. Fakultative Angaben zu weiteren Ansprüchen	54
IV. Form- und Zugangserfordernisse	55
1. Formerfordernisse	55
2. Zugangserfordernis	56
V. Folgen der Abmahnung	58
Kapitel 3: Anwendungsbereich der Abmahnungsregeln	61
I. Adressaten der Abmahnung	61
1. Abmahnungen gegen Störer.	61
2. Abmahnungen gegenüber Dritten	62
II. Mehrfache Abmahnungen (parallele und/oder wiederholte)	63
1. Mehrere Anspruchsberechtigte	63
2. Mehrere Verletzer bzw. Abmahnungsadressaten	65
3. Wiederholungsabmahnungen	66

4.	Abmahnung nach Erwirken einer einstweiligen Verfügung (Abschluss schreiben) . . .	66
III.	Missbräuchliche Abmahnungen	67
a)	Missbräuchliche Mehrfachabmahnung	69
b)	Missbräuchliche Abmahninhalte	70
IV.	Gegenabmahnung vor Erhebung einer negativen Feststellungsklage	73
V.	Entbehrlichkeit einer Abmahnung	75
1.	Voraussichtliche Erfolglosigkeit einer Abmahnung	76
2.	Unzumutbarkeit einer Abmahnung	77
Kapitel 4: Die unberechtigte Abmahnung		80
I.	Begriff und Überblick	81
1.	Berechtigte Abmahnung	81
2.	Unberechtigte Abmahnung	82
II.	Rechtsschutz gegen unberechtigte Abmahnungen.	85
1.	Außergerichtliche Rechtsverteidigung.	85
2.	Negative Feststellungsklage	86
3.	Unterlassung, Beseitigung und Schadensersatz	88
Kapitel 5: Aufklärungspflicht des Abgemahnten		105
I.	Grundlagen einer Aufklärungspflicht.	105
II.	Inhalt und Umfang der Aufklärungspflicht.	107
III.	Unbegründete Abmahnung und Aufklärungspflicht	109
IV.	Folgen der Verletzung der Aufklärungspflicht	110
Kapitel 6: Beseitigungs- und Gegenmaßnahmen des Abgemahnten.		111
I.	Beseitigungsmaßnahmen	111
II.	Gegenmaßnahmen	115
1.	Gegenabmahnung	116
2.	Schutzschrift	117
III.	Klagen bei (ungerechtfertigter) Abmahnung	117
Kapitel 7: Die Schutzschrift		118
I.	Überblick: Die Schutzschrift als wettbewerbsprozessuale Eigenart	118
1.	Wesen und Funktion der Schutzschrift	118
2.	Form und Inhalt der Schutzschrift	122
3.	Hinterlegung der Schutzschrift.	123
II.	Die Schutzschrift im anhängigen Verfügungsverfahren	125
1.	Schutzschrift als Aktenbestandteil	125
2.	Übermittlung an den Antragsgegner	126
3.	Kein Informationsrecht des Einreichers der Schutzschrift	128
4.	Berücksichtigung der Schutzschrift	129
5.	Anwaltlich verfasste Schutzschrift und Zustellung der Verfügung.	130
III.	Kosten der Schutzschrift	131
1.	Allgemeines	131
2.	Prozessrechtsverhältnis und Schutzschrift	133
3.	Kostengrundentscheidung	134
4.	Kostenfestsetzung	136
5.	Höhe der erstattungsfähigen Kosten	137
Kapitel 8: Die Unterwerfungserklärung.		139
I.	Begriff und Bedeutung der Unterwerfungserklärung im Wettbewerbsrecht	142
II.	Die Unterwerfungserklärung als Unterlassungsverpflichtung.	143

1.	Anlass und Zeitpunkt	143
2.	Erklärungsinhalt	145
3.	Vertragsschluss	148
4.	Vertragsform	153
5.	Einschränkungen der Unterwerfungserklärung	155
III.	Die Unterwerfungserklärung als Vertragsstrafeversprechen	161
1.	Zweck der Vertragsstrafenverpflichtung	161
2.	AGB-rechtliche Gestaltungsgrenzen	162
3.	Akzessorietät der Vertragsstrafenverpflichtung	166
4.	Vertragsstrafenempfänger	168
5.	Vertragsstrafenhöhe	169
IV.	Dauer und Rechtsbeständigkeit der Unterwerfungserklärung	181
1.	Dauerschuldverhältnis und Beendigungsgründe	181
2.	Kündigungsvoraussetzungen	186
3.	Kündigungsfrist	190
4.	Beendigungswirkungen	190
5.	Wegfall der Geschäftsgrundlage	191
V.	Annahmegebot des Abmahnenden	191
1.	Voraussetzungen einer Annahmepflicht	191
2.	Abweichungen vom geforderten Erklärungsgehalt und Teilunterwerfungen	193
3.	Verletzung des Annahmegebots	194
VI.	Die Wirkung der Unterwerfungserklärung	194
1.	Materiell-rechtliche Wirkungen	194
2.	Verfahrensrechtliche Wirkungen	199
VII.	Beweislast	201
Kapitel 9: Unterwerfungserklärung und Zuwiderhandlung		202
I.	Zuwiderhandlung als Vertragsverletzung	202
1.	Inhalt und Umfang der Unterwerfung	202
2.	Verletzung der Unterlassungsverpflichtung	206
3.	Verschulden	209
II.	Wirkungen der Zuwiderhandlung	210
1.	Vertragliche Anspruchslage	210
2.	Gesetzliche Ansprüche	213
III.	Beweislast	214
Kapitel 10: Kosten der Abmahnung		215
I.	Allgemeines	217
II.	Prozessualer Kostenerstattungsanspruch	218
III.	Materieller Kostenerstattungsanspruch	220
1.	Aufwendungsersatzanspruch nach UWG	220
2.	Schadensersatzanspruch	231
3.	Aufwendungsersatzanspruch wegen Geschäftsführung ohne Auftrag	233
IV.	Höhe der zu erstattenden Kosten	234
1.	Allgemeines	234
2.	Anwaltskosten bei Abmahnung im Auftrag eines Mitbewerbers	236
3.	Höhe der Anwaltsgebühr	237
4.	Gegenstandswert der Anwaltsabmahnung	239
5.	Anwaltskosten bei Abmahnung im Auftrag eines Verbands nach § 8 Abs. 3 Nr. 2 bzw. § 8b UWG	240
6.	Abmahnpauschale für einen Verband nach § 8 Abs. 3 Nr. 2 bzw. § 8b UWG	242
7.	Abmahnkosten von in § 8 Abs. 3 Nr. 3, 4, § 8a UWG genannten Einrichtungen	247
V.	Einwände des Abgemahnten	248
VI.	Zuständigkeit für die Erstattungsklage	250
VII.	Berücksichtigung von Kosten bei unterbliebener Abmahnung (fiktive Abmahnkosten)	251

Kapitel 11: Kosten der unterbliebenen Abmahnung.	253
---	-----

Kapitel 12: Die Einigungsstelle nach § 15 UWG.	254
I. Geschichtliche Entwicklung	254
II. Die rechtliche Struktur der Einigungsstelle.	256
III. Die Errichtung der Einigungsstelle.	257
IV. Die Durchführung des Verfahrens vor der Einigungsstelle	258
1. Zuständigkeit	258
2. Anrufung der Einigungsstelle.	260
3. Besetzung der Einigungsstelle, Ablehnung ihrer Mitglieder	262
4. Die Vorprüfung des Begehrens	263
5. Ladung der Parteien.	264
6. Durchführung der Verhandlung	267
7. Beendigung des Verfahrens	268
8. Kosten des Verfahrens	270
V. Die Einigungsstelle als Schiedsgericht	272

Die Unterlassungsklage	273
-------------------------------	-----

1. Abschnitt: Allgemeines, Zuständigkeiten	275
---	-----

Kapitel 13: Rechtliche und wirtschaftliche Funktion der Unterlassungsklage.	275
I. Unterlassungsklage als Leistungsklage	275
1. Materiell-rechtlicher Anspruch als Klagegrundlage	275
2. Unterlassung als Rechtsschutzmittel des vorbeugenden Rechtsschutzes	276
3. Begehungsgefahr (Beeinträchtigungsgefahr) und Rechtsschutzinteresse.	277
II. Wahl der Verfahrensart	278
III. Unterlassungsvollstreckung	279

Kapitel 14: Rechtsweg	281
I. Allgemeines.	283
II. Prozessuale Behandlung	283
1. Rechtswegzuständigkeit als Prozessvoraussetzung	283
2. Unzulässigkeit des Rechtswegs	284
3. Vorabentscheidung über die Rechtswegzuständigkeit	285
4. Anwendung im Verfügungsverfahren	285
5. Keine Anwendung im PKH-Verfahren	287
6. Verfahrensfehlerhafte Entscheidung über die Rechtswegzuständigkeit	288
7. Geltung der perpetuatio fori	288
8. Umfang der Rechtswegzuständigkeit	289
III. Abgrenzung zur Arbeitsgerichtsbarkeit.	289
1. Grundsatz	289
2. Arbeitgeber-/Arbeitnehmereigenschaft	291
3. Zusammenhang mit einem Arbeitsverhältnis	292
4. »Zusammenhangsklagen«	293
5. Weitere Beispiele.	294
6. Weitere Zuständigkeitsbestimmungen	294
IV. Abgrenzung zu öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten	295
1. Überblick	295
2. Grundsatz	295
3. Doppelnatur des Verwaltungshandelns	296

4.	Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand	298
V.	Sonderregelung im Verhältnis zur Sozialgerichtsbarkeit	300
1.	Gesetzliche Regelung	300
2.	Rechtsprechung	302

Kapitel 15: Internationale Zuständigkeit, Probleme grenzüberschreitender

	Verfahren	306
I.	Funktion und Rechtsquellen der Zuständigkeitsfestlegung	309
1.	Forum und anwendbares Recht	309
2.	Rechtsquellen	311
3.	Territoriale Titelreichweite	314
II.	Allgemeiner Gerichtsstand, Sondergerichtsstände	318
1.	Allgemeiner Gerichtsstand	318
2.	Unerlaubte Handlung, Ort des schädigenden Ereignisses	319
3.	Ausschließlicher Gerichtsstand der Schutzrechtsregistrierung	333
4.	Sonstige Gerichtsstände	335
5.	Zuständigkeitsprüfung der Rechtsmittelgerichte	338
6.	Kriterien für die Auswahl des Gerichts	338
III.	Besonderheiten der einstweiligen Verfügung	339
1.	Hauptsachezuständigkeit, nationale Eilzuständigkeit	339
2.	Divergenz von Hauptsache und eV	341
3.	Auslandsvollziehung der eV	342
IV.	Exkurs: Sonstige Verfahrensfragen bei auslandsbezogenen Prozessen	343
1.	Prozesskostensicherheit	343
2.	Beweissicherung, selbstständiges Beweisverfahren, Beweisermittlung, Ermittlung ausländischen Rechts	343
3.	Klagelegitimation ausländischer Verbände	344
4.	Rechtshängigkeitseinrede	345
5.	Grenzüberschreitende Vollstreckung	346
6.	Verfahrenskosten	349

Kapitel 16: Örtliche und sachliche Zuständigkeit

I.	Örtliche Zuständigkeit	351
1.	Einführung in die Vorschrift des § 14 UWG	351
2.	Inhalt des § 14 Abs. 2 UWG im Einzelnen	355
II.	Sachliche und funktionelle Zuständigkeit	369
1.	Sachliche Zuständigkeit für Wettbewerbsprozesse	369
2.	Sachliche Zuständigkeit für anderweitige Streitsachen	371
3.	Zuständigkeit der Kammer für Handelssachen	376

2. Abschnitt: Die Parteien

Kapitel 17: Der Kläger des Unterlassungsprozesses

I.	Allgemeines	378
1.	Überblick	379
2.	Rechtsnatur	380
3.	Mehrfachverfolgung	380
II.	Der Kläger des Unterlassungsprozesses	381
1.	Der Mitbewerber als Kläger	381
2.	Umfang der Klagebefugnis	390
3.	Fehlen der Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 Nr. 3 UWG	390
III.	Keine Ansprüche für Verbraucher	390

IV. Abtretung und Prozessstandschaft.	391
Kapitel 18: Die Verbandsklagebefugnis	393
I. Die wettbewerbsrechtliche Verbandsklagebefugnis	394
1. Zweck der Verbandsklage	394
2. Verbandsklage und Interesse der Allgemeinheit	399
3. Arten der Verbände	400
4. Sonderregelungen (§ 8a UWG 2020)	400
II. Verbände zur Förderung gewerblicher oder selbstständiger beruflicher Interessen (§ 8 Abs. 3 Nr. 2 UWG)	401
1. Arten der Verbände	402
2. Prozessuale Grundvoraussetzungen	407
3. Mitgliederbezogene Voraussetzungen der Prozessführungsbefugnis	417
4. Eigene Verletzung des Verbandes	430
5. Umfang der Verbandsklagebefugnis	430
6. Fehlen der gesetzlichen Voraussetzungen.	432
III. Verbraucherverbände (§ 8 Abs. 3 Nr. 3 UWG)	432
1. Begriffsbestimmung	432
2. Prozessuale Grundvoraussetzungen und Eintragungsvoraussetzungen.	435
3. Eigene Verletzung des Verbandes	440
4. Umfang der Klageberechtigung	441
5. Fehlen der gesetzlichen Voraussetzungen.	442
IV. Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern (§ 8 Abs. 3 Nr. 4 UWG)	442
1. Gesetzgeberische Entwicklung	442
2. Prozessuale Grundvoraussetzungen	443
3. Eigene Verletzung der Kammern	444
4. Umfang der Klagebefugnis	444

Kapitel 19: Der Missbrauch der Prozessführungsbefugnis	445
I. Der Missbrauchstatbestand des § 8 Abs. 4 UWG.	445
1. Inhalt und Bedeutung	445
2. Die Rechtsnatur	448
3. Prüfung der Vorschrift	452
4. Rechtsfolgen des Rechtsmissbrauchs	455
II. Fallgruppen des Missbrauchstatbestandes	456
1. Rechtsverfolgung zum Zweck der Gewinnerzielung.	456
2. Rechtsverfolgung in Schädigungsabsicht	464
3. Rechtsverfolgung aus sachfremden Gründen	468
4. Rechtsverfolgung im Interesse Dritter	470
5. Ausschluss der Missbräuchlichkeit.	471

Kapitel 20: Der Beklagte des Unterlassungsprozesses	473
I. Überblick	474
II. Der Verletzer	475
1. Täter, Mittäter	475
2. Teilnehmer	478
3. Störerhaftung bei Verletzung absoluter Rechte	478
III. Haftung für Angestellte und Beauftragte	482
1. Haftung des Unternehmensinhabers	482
2. Gemeinsame Inanspruchnahme	488
3. Haftung für gesetzliche Vertreter	488
IV. Haftung von gesetzlichen Vertretern und Gesellschaftern.	488
V. Haftung mehrerer Schuldner.	488
VI. Anhang: Haftung für Presseinformationen – Haftung der Presse	489

1.	Haftung für Presseinformationen	489
2.	Haftung der Presse	489
3. Abschnitt: Die Anträge		494
Kapitel 21: Der Unterlassungsantrag		494
I.	Die Bedeutung des Unterlassungsantrags	495
II.	Bestimmtheit	496
1.	Grundsatz	496
2.	Einzelheiten	496
3.	Prozessuale Behandlung	500
III.	Konkretisierung	502
1.	Grundsatz	502
2.	Begehungsgefahr als maßgebliche Grenze	503
3.	»insbesondere«-Zusätze	504
4.	Zeitliche und räumliche Begrenzungen	504
5.	Antrag zur Störerhaftung	505
6.	Prozessuale Behandlung	505
IV.	Haupt- und Hilfsanträge	506
1.	»Echte« und »unechte« Hilfsanträge	506
2.	Alternative Klagegründe	507
V.	Zusätzliche Anträge	507
1.	Ordnungsmittellandrohung	507
2.	Veröffentlichungsbefugnis	508
3.	Kumulative Anspruchshäufung	508
4.	Vorläufige Vollstreckbarkeit	508
VI.	Formulierungsvorschlag	509
Kapitel 22: Die Klageänderung		510
I.	Die Bedeutung der Klageänderung im Wettbewerbsprozess	510
II.	Voraussetzungen der Klageänderung	510
1.	Begriff	510
2.	Formen der Klageänderung	511
3.	Zulässigkeit der Klageänderung	513
Kapitel 23: Anträge und Einwendungen des Beklagten		515
I.	Anträge des Beklagten	515
1.	Klageabweisung	515
2.	Vorläufige Vollstreckbarkeit	515
3.	Aufbrauch-, Umstellungs- oder Beseitigungsfrist	516
4.	Widerklage	516
5.	Streitwertbegünstigung	517
6.	Beratungs- und Prozesskostenhilfe	517
II.	Einwendungen des Beklagten	518
1.	Prozessuale Einwendungen	518
2.	Materiellrechtliche Einwendungen	519
III.	Rechtsverteidigung	526
Kapitel 24: Vorlage an den EuGH gemäß Art. 267 AEUV		528
I.	Funktion und Bedeutung der Vorlage nach Art. 267 AEUV	529
1.	Unionsrecht und nationales Wettbewerbsrecht	529

2.	Der EuGH als gesetzlicher Richter im Sinne von Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG	531
II.	Voraussetzungen für eine Vorlage	531
1.	Vorlagefähige Fragen	531
2.	Erheblichkeit der Vorlagefrage	531
3.	Vorlageberechtigung und Vorlagepflicht	532
4.	Ausnahmen von der Vorlagepflicht	534
5.	Nichtbeachtung der Vorlagepflicht	536
III.	Das Vorlageverfahren.	538
1.	Vorlageentscheidung	539
2.	Vorlage und Verfahren beim EuGH	540
3.	Wirkung der Vorabentscheidung.	543
IV.	Rechtsmittel im Vorabentscheidungsverfahren.	544
V.	Art. 267 AEUV und Verfahren der einstweiligen Verfügung.	545

4. Abschnitt: Das Verfahren bis zum Urteil 546

Kapitel 25: Die mündliche Verhandlung 546

I.	Allgemeines.	546
II.	Die Erörterung des Klageantrags	548
III.	Das Rechtsgespräch.	550
IV.	Die gütliche Beilegung des Verfahrens.	553

Kapitel 26: Die Beweisaufnahme 557

I.	Zur Unterscheidung von Rechtsfrage und Tatfrage.	558
II.	Entscheidung kraft eigener Sachkunde	561
1.	Eigene Sachkunde bei der Beurteilung der Verkehrsauffassung.	561
2.	Eigene Sachkunde bei der Ermittlung der Verkehrsgeltung.	566
3.	Eigene Sachkunde und offenkundige Tatsachen	566
III.	Die Beweismittel	568
1.	Amtliche Auskünfte.	568
2.	Auskünfte privater Verbände und Korporationen	569
3.	Anderweitig eingeholte Meinungsforschungsgutachten.	570
4.	Einholung eines Meinungsforschungsgutachtens von Amts wegen	571
IV.	Beweisnot und Beweisvereitelung	571
1.	Informationsbeschaffung durch Testfälle.	572
2.	Unterlassungsklagen gegen Testzeugen	572
3.	Parteivernehmung von Amts wegen.	573
4.	Verwertung rechtswidrig erlangter Beweismittel	574
5.	Konkurrenz zwischen materiellem Recht und Verfahrensrecht bei rechtswidrig erlangten Beweismitteln	577
6.	Darlegungsnot des Klägers	578

Kapitel 27: Demoskopische Gutachten 584

I.	Grundsätzliches	586
1.	Begrifflichkeit.	586
2.	Funktion und praktische Relevanz	587
3.	Gegenstand des demoskopischen Gutachtens – Meinungsbildung und andere mentale Ereignisse.	592
4.	Insbesondere: Ermittlung der Verkehrsauffassung	596
II.	Verfahrensrechtliche Einordnung	601
1.	Erforderlichkeit.	601
2.	Beweismittel i.S. von § 402 ff. ZPO	603

3.	Parteivortrag	604
4.	Beweisantrag	605
5.	Stellung und Mitwirkung der Verfahrensbeteiligten	606
6.	Beweiswürdigung	607
III.	Verfahrensablauf.	607
1.	Beweisfrage (Beweisbeschluss)	607
2.	Stellung, Auswahl und Beauftragung des Gutachters	608
3.	Befragungsvorschlag; Befragungsmethode	608
4.	Der Einweisungstermin; »Schlussredaktion«	609
IV.	Art und Inhalt der Verkehrsbefragung	609
1.	Allgemeine Grundsätze	609
2.	Die zu befragenden Verkehrskreise	610
3.	Befragungsmethoden – Interview, Online- und Telefonbefragungen	613
4.	Befragungsinhalte – offene und/oder geschlossene Befragung.	615
5.	Einzelne Untersuchungsgegenstände	623
V.	Auswertung des Befragungsergebnisses.	637
VI.	Rechtliche Schlussfolgerungen	639
VII.	Kosten des demoskopischen Gutachtens	641

Kapitel 28: Das Berufungsverfahren	642
I. Berufungsangriff und Beschwer	643
1. Allgemeines	643
2. Die Berufung des Klägers	644
3. Die Berufung des Beklagten	647
4. Die Kombination von Unterlassungsklage und Stufenklage in der Berufungsinstanz	651
II. Rügen der Unzulässigkeit der Klage in der Berufungsinstanz	654
1. Antragsbestimmtheit	654
2. Zuständigkeiten	656
III. Die Beweisaufnahme in der Berufungsinstanz.	660
1. Allgemeines	660
2. Der Einzelrichter in der Berufungsinstanz.	664
IV. Der Tenor des Berufungsurteils	666
1. Die Urteilsformel	666
2. Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit	668

Kapitel 29: Das Revisionsverfahren.	675
I. Zulassungsrevision	676
1. Allgemeines	676
2. Zulassung der Revision im Berufungsurteil	678
3. Zulassung aufgrund einer Nichtzulassungsbeschwerde	682
II. Einzelfragen des Revisionsverfahrens	690
1. Zulassung der Revision und Anschlussrevision	690
2. Sprungrevision	691
3. Revisionsrügen und Gegenrügen.	692
4. Prüfungsumfang	693
5. Entscheidung des Revisionsgerichts	694
6. Verfahrensdauer	695
7. Anhörungsrüge	695

Kapitel 30: Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung.	697
I. Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung in der Berufungsinstanz	697
1. Allgemeines	697
2. Der Zweck der Einstellung	698
3. Die zu berücksichtigenden Umstände	699

4.	Die Folgen der Einstellung	704
II.	Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung in der Revisionsinstanz	705
5. Abschnitt: Erledigungen des Verfahrens ohne Urteil		709
Kapitel 31: Der Vergleich		709
I.	Der Vergleich in Wettbewerbssachen.	709
II.	Der Prozessvergleich	710
III.	Der außergerichtliche Vergleich	716
Kapitel 32: Die Erledigung der Hauptsache		718
I.	Einleitung.	719
II.	Allgemeine Grundsätze	719
III.	Typische Erledigungsfälle	721
1.	Wegfall der Wiederholungsgefahr durch Unterwerfungserklärung.	721
2.	Wegfall der Wiederholungsgefahr durch Unterlassungstitel	723
3.	Erledigung durch Erfüllung.	724
4.	Wegfall des Rechtsschutzinteresses.	725
5.	Andere Veränderungen der tatsächlichen Verhältnisse, Zeitablauf.	725
6.	Erledigung durch Verhalten des Klägers	725
7.	Gesetzesänderungen und Änderungen der Rechtsprechung.	727
8.	Änderung der Schutzrechtslage.	728
9.	Erledigung durch Vergleichsabschluss.	728
IV.	Erledigung der Hauptsache im Wettbewerbsprozess	729
1.	Unterwerfungserklärung im Prozess.	729
2.	Kriterien für Kostenentscheidung nach § 91a ZPO.	732
3.	Erledigungserklärung und Hilfsantrag	734
4.	Widerruf der Erledigungserklärung	736
5.	Streitwert	736
V.	Wegfall des Unterlassungstitels	737
Kapitel 33: Die Verjährung		739
I.	Zweck und Wirkung der Verjährung.	740
II.	Die Verjährung wettbewerbsrechtlicher Ansprüche.	741
1.	Überblick	741
2.	Beginn der Verjährungsfrist	741
3.	Gesetzlicher Unterlassungsanspruch.	742
4.	Titulierter Unterlassungsanspruch	744
5.	Gesetzlicher Schadensersatzanspruch	746
6.	Andere gesetzliche Ansprüche	747
7.	Vertragliche Ansprüche.	749
III.	Verhältnis zu anderen Verjährungsregeln	750
IV.	Neubeginn der Verjährung	751
1.	Anerkenntnis	751
2.	Vollstreckungshandlungen	752
V.	Hemmung der Verjährung	752
1.	Klageerhebung	752
2.	Einleitung des Verfügungsverfahrens	753
3.	Anrufung der Einigungsstelle	754
4.	Verhandlungen	755

Kapitel 34: Das Unterlassungsurteil	756
I. Allgemeines.	756
II. Urteilstenor und Gründe	756
1. Auslegung	757
2. Bindung an den Antrag	757
3. Begrenzungen.	758
III. Ordnungsmittelandrohung	758
1. Voraussetzungen der Aufnahme in das Urteil.	758
2. Inhalt der Androhung	758
3. Formulierungsbeispiel.	759
4. Wirkung	760
IV. Nebenentscheidungen	760
1. Kosten	760
2. Vorläufige Vollstreckbarkeit	760
3. Veröffentlichungsbefugnis	760
4. Aufbrauchfrist	760
V. Formulierungsbeispiele	760
VI. Arten der Unterlassungsurteile.	761
1. Streitige Urteile.	761
2. Anerkenntnisurteile	761
3. Versäumnisurteil	761
4. Teilurteil	761

Kapitel 35: Die Rechtskraft des Unterlassungsurteils	763
I. Rechtskraftrelevante Besonderheiten des Unterlassungsanspruchs.	765
1. Entstehung kraft Gesetzes oder Vertrages	765
2. Zeitlicher Bezug	766
3. Bedrohung als Anspruchsvoraussetzung	766
4. Probleme des Streitgegenstandes	766
II. Theoretische Grundlegungen zur materiellen Rechtskraft (§ 322 ZPO)	770
1. Wiederholungsverbot (ne bis in idem) als Rechtskrafttheorie des BGH	770
2. Streitgegenstandsbestimmung.	771
3. Objektive, subjektive und zeitliche Grenzen der Rechtskraft	773
4. Rechtskraftbegriff des Unionsrechts.	782
5. Zusammenhang Rechtskraft/Rechtsmittelbeschwer	783
III. Rechtskraftwirkung auf andere Unterlassungsverfahren	784
1. Andere Unterlassungsgläubiger; parallele Verfahren derselben Parteien.	784
2. Streitgegenstandsvergleich	787
3. Vorangegangene Klagabweisung	808
4. Veränderter Sachverhalt	812
5. Erneute Verletzung mit Vermutung weitergehender Begehungsgefahr	816
6. Klärung von Titelstreitigkeiten	818
7. Verjährungsunterbrechung bei tituliertem Anspruch	821
8. Zeitlich begrenzte Unterlassung	822
IV. Konkurrenz zwischen Unterlassungsklage und Feststellungsklage	823
V. Rechtskraftwirkung auf Schadensersatzansprüche.	824
1. Rechtswidrigkeitsfeststellung: Verbindlichkeit eines Urteilelementes (erweiterte Präjudizialität)?	824
2. Streitwert bei Rechtskraftbindung	833
3. Akzessorische Vertragsstrafenverpflichtung.	833
4. Ersatz der Rechtsverfolgungskosten	833
VI. Unterlassungsanspruch und Beseitigungsansprüche.	834
1. Vorangehender Unterlassungstitel	834

2. Abgewiesene Löschungsklage	835
VII. Unterlassungstitel und präparatorische Hilfsansprüche (Rechnungslegung, Auskunft)	835

Kapitel 36: Nachträgliche Veränderungen und Rechtskraft.	836
I. Spezifischer Regelungsbedarf bei Unterlassungstiteln.	837
1. Langfristige Bindung der Handlungsfreiheit	837
2. Änderung der tatsächlichen Umstände	837
3. Rechtsprechungswandel	837
4. Gesetzesänderungen	838
II. Zuständiges Verfahren (§ 767 ZPO, § 323 ZPO)	838
1. Praktische Streitfragen	838
2. Zuordnung der Unterlassungsurteile	839
3. Fortdauer der Vollstreckungsmöglichkeit	841
III. Rechtlich relevante Veränderungen	841
1. Tatsächliche Änderungen	841
2. Gesetzesänderungen	842
3. Rechtsprechungsänderungen	844
4. Erlöschen von Schutzrechten	846
IV. Vereitelung der Effektivität des Unionsrechts	847
V. Bestandskräftig gemachte Verfügungstitel und § 767 ZPO.	848

Kapitel 37: Prozessuale und vollstreckungsrechtliche Kontinuität beim Wechsel des Unterlassungsschuldners (§§ 325, 265, 727 ZPO)	850
I. Problembeschreibung	850
II. »Rechtsnachfolge« auf der Passivseite bei anderen als Unterlassungsansprüchen.	852
1. Befreiende Schuldübernahme.	852
2. Schuldbeitritt	853
III. Personengebundenheit des Unterlassungsanspruchs	854
IV. Die Antworten des BGH	855
V. Materiell-rechtliche Kontinuität der Betriebsinhaberhaftung.	856
VI. Unternehmensveräußerung als Veräußerung der streitbefangenen Sache	858

Kapitel 38: Folgen für Unterlassungstitel bei Veränderungen auf der Aktivseite.	860
--	-----

Kapitel 39: Die Veröffentlichungsbefugnis.	861
I. Rechtsnatur der Befugnis nach § 12 Abs. 2 UWG	861
II. Die Voraussetzungen des § 12 Abs. 2 UWG.	863
1. Gegenständliche Beschränkung.	863
2. Interessenabwägung	865
III. Inhalt der Veröffentlichungsbefugnis	869
IV. Veröffentlichungskosten	870
V. Vollstreckungsrecht	871
VI. Veröffentlichungsbefugnis und einstweiliges Verfügungsverfahren	872

Kapitel 40: Die Aufbrauchfrist	874
I. Sinn und Zweck der Aufbrauchfrist	874
II. Die Voraussetzungen für die Gewährung der Aufbrauchfrist.	875
III. Die Rechtsgrundlage	877
1. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	877
2. Das Schrifttum	878
3. Die Folgen	879

IV. Verfahrensfragen.	882
7.Abschnitt: Streitwert und Kosten	886
Kapitel 41: Die Kostenentscheidung	886
I. Allgemeines.	886
II. Besonderheiten im Wettbewerbsprozess	888
Kapitel 42: Der Streitwert	890
I. Allgemeines.	890
1. Bedeutung des Streitwerts	890
2. Streitwertfestsetzungsverfahren	892
3. Einige allgemeine Bewertungsgrundsätze	896
II. Die Besonderheiten im Wettbewerbsprozess	898
1. Uneinheitlichkeit der Rechtsprechung	898
2. Wertangaben des Klägers oder Antragstellers	899
3. Bewertungsgrundsätze	901
4. Unterlassungsklagen.	904
5. Befristete Unterlassungsklagen	908
6. Regelstreitwerte.	908
7. Streitwerte von Verbandsklagen	909
8. Klagen auf Schadensersatz und Schadensersatzfeststellung.	910
9. Klagen auf Auskunft und Rechnungslegung	911
10. Streitwerte bei Klagehäufungen	912
III. Das Ordnungsmittelverfahren	915
Kapitel 43: Die Streitwertminderung	916
I. Allgemeines.	916
II. Anwendungsbereich	918
III. Tatbestandliche Voraussetzung.	918
1. Erhebliche Gefährdung der wirtschaftlichen Lage	918
2. Rechtsmissbrauch	920
IV. Verfahren der Streitwertminderung.	921
V. Rechtsfolgen der Streitwertminderung.	921
Kapitel 44: Kostenerstattung im Wettbewerbsprozess.	922
I. Einführung	922
II. Kosten der Prozessvorbereitung	925
1. Testkäufe.	926
2. Abbildungen	926
3. Privargutachten.	927
4. Abmahnung, Anspruchsabwehr	929
5. Sequestration	931
III. Kosten des Rechtsstreits	931
1. Erscheinen der Partei zu einem Gerichtstermin	931
2. Beauftragung von Rechtsanwälten.	932
3. Beauftragung von Patentanwälten	951
4. Getrennte Geltendmachung von Ansprüchen	953

Die einstweilige Verfügung	955
1. Abschnitt: Die wettbewerbliche einstweilige Verfügung	957
Kapitel 45: Die einstweilige Verfügung in Wettbewerbssachen	957
I. Bedeutung der einstweiligen Verfügung	958
II. Gesetzliche Grundlagen	960
III. Besonderheiten der Rechtsprechung	961
Kapitel 46: Voraussetzungen einer einstweiligen Verfügung	962
I. Allgemeines (Überblick)	963
1. Vorrangigkeit	964
2. Geeignetheit	966
3. Ausschließlichkeit	967
II. Voraussetzungen	968
1. Rechtsschutzbedürfnis	968
2. Verfügungsgrund	975
3. Verfügungsanspruch	975
4. Glaubhaftmachung	976
III. Voraussetzung einer einstweiligen Verfügung sind nicht:	976
1. Abmahnung (Verwarnung)	976
2. Wiederholungsgefahr	978
IV. Einstweilige Verfügung und Hauptsache	978
Kapitel 47: Verfügungsgrund (Dringlichkeit)	979
I. Formelle Seite	980
II. Inhaltliche Anforderungen	982
III. Die Dringlichkeitsvermutung des § 12 UWG	983
IV. Ausnahmen von der Dringlichkeitsvermutung	985
1. Allgemeines	985
2. Dringlichkeit bei zeitgebundenen Verstößen	986
3. Dringlichkeit und vorläufig vollstreckbarer Titel in der Hauptsache	988
4. Verzögerung der Geltendmachung und Durchsetzung des Unterlassungsanspruchs durch den Antragsteller	989
5. Interessenabwägung	1013
6. Widerlegung durch Verhalten des Antragsgegners	1015
7. Einstweilige Verfügung trotz Widerlegung der Dringlichkeitsvermutung?	1015
8. »Wiederaufleben« der Dringlichkeit	1016
V. Darlegung und Glaubhaftmachung	1019
VI. Anwendungsbereich der Dringlichkeitsvermutung nach § 12 UWG	1019
VII. Dringlichkeit und Schiedsklausel	1021
Kapitel 48: Der Streitgegenstand	1022
I. Streitgegenstand	1022
II. Auswirkungen des Streitgegenstandes	1023
Kapitel 49: Ungeeignetheit des Verfügungsverfahrens	1025
I. Allgemeines	1025
II. Ungeeignetheit aus tatsächlichen Gründen	1026
III. Ungeeignetheit aus rechtlichen Gründen	1028

Kapitel 50: Einstweilige Verfügung und Hauptsache	1029
I. Hauptsacheersetzung	1029
II. Gleichzeitigkeit von Verfügungs- und Hauptsacheverfahren	1031
III. Nachträgliche Hauptsache	1032
1. Taktik	1032
2. Abschlussreife des Verfügungstitels	1032
IV. Vorläufige Vollstreckbarkeit des Hauptsachetitels und Verfügungsbestand	1033
V. Gerichtsstand der Hauptsache nach Verfügungsantrag	1033
 2. Abschnitt: Das Verfahren	 1034
 Kapitel 51: Der Verfügungsantrag und seine Rücknahme	 1034
I. Allgemeines	1034
II. Antragsinhalt	1034
1. Notwendigkeit eines bestimmten Antrags	1034
2. Inhalt des Antrags	1036
III. Wirkungen des Verfügungsantrags	1038
1. Rechtshängigkeit	1038
2. Hemmung der Verjährung	1040
IV. Vertretung durch Rechtsanwalt	1041
V. Rücknahme des Verfügungsantrags	1041
 Kapitel 52: Glaubhaftmachung	 1044
I. Allgemeines	1045
II. Prozessführungsbefugnis	1046
1. Notwendigkeit der Glaubhaftmachung	1046
2. Folgerungen für Mitbewerber, rechtsfähige Verbände zur Förderung gewerblicher oder selbstständiger beruflicher Interessen, qualifizierte Einrichtungen und andere Berechtigte	1047
3. Prozessführungsmissbrauch gem. § 8c UWG	1049
III. Verfügungsgrund – Verfügungsanspruch	1052
IV. Glaubhaftmachung nach der Verfahrensart	1054
V. Gegenstand der Glaubhaftmachung	1056
VI. Inhalt der Glaubhaftmachung	1057
VII. Mittel der Glaubhaftmachung	1060
VIII. Zeitpunkt der Glaubhaftmachung	1064
IX. Glaubhaftmachung und Privatgutachten	1067
X. Glaubhaftmachung einer Verkehrsauffassung	1068
XI. Glaubhaftmachung und Ausländisches Recht	1071
 Kapitel 53: Das Beschlussverfahren	 1074
I. Die gesetzlichen Möglichkeiten	1076
1. Erlass der einstweiligen Verfügung bei dringendem Fall	1076
2. Zurückweisung des Gesuchs/Beschluss »nicht ohne mündliche Verhandlung«	1082
3. Anhörung des Antragsgegners durch das Gericht	1088
4. Alleinentscheidung des Vorsitzenden	1093
5. Antragsrücknahme	1095
6. Antrags erledigung	1095
II. Die Beschlussverfügung	1096
1. Bedeutung	1096
2. Inhalt	1097
3. Erlass	1104

4.	Vollziehung	1105
III.	Der Widerspruch	1108
1.	Allgemeines	1108
2.	Einlegung	1110
3.	Kostenwiderspruch	1111
4.	Unterwerfungswiderspruch	1116
5.	Widerspruch und § 926 ZPO (Fristsetzung)	1117
6.	Widerspruch und einstweilige Einstellung	1118
7.	Widerspruch und Aufbrauchfrist	1118
IV.	Verhalten des Antragsgegners zu einer Beschlussverfügung	1119
V.	Der zurückweisende Beschluss	1120
1.	Allgemeines	1120
2.	Das Beschwerdeverfahren	1120

Kapitel 54: Das Urteilsverfahren	1127
I. Anberaumung mündlicher Verhandlung	1127
II. Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Verhandlung	1131
III. Aussetzung und Vertagung	1133
IV. Die Urteilsgrundlagen	1136
V. Das Verfahren nach Widerspruch	1139

Kapitel 55: Das Berufungsverfahren bei der einstweiligen Verfügung	1143
I. Berufung, Kostenbeschwerde	1143
II. Fortbestand der summarischen Verfahrensnatur	1144
III. Funktionelle Zuständigkeiten	1147
1. Das Berufungsgericht als Rechtsmittelgericht im Verfügungsverfahren	1147
2. Zuständigkeiten des Berufungsgerichts bei dort anhängiger Hauptsache	1148
IV. Der Inhalt des Berufungsurteils	1149
V. Verfahrensverbindungen; gleichzeitiges Ordnungsmittelverfahren	1151
VI. Ausschluss der Revision, Grenzen des Instanzenzuges	1153

Kapitel 56: Besonderheiten in Verfahren der einstweiligen Verfügung	1156
I. Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	1156
II. Die Erledigung der Hauptsache	1158
1. Allgemeines	1158
2. Die Verjährung	1160
3. Die mangelnde Vollziehung	1162
4. Der Wegfall des Verfügungsgrundes	1162
5. Die Versäumung der Klagefrist	1164
III. Die Aufbrauchfrist	1165
IV. Der Kostenwiderspruch	1166
V. Der Streitwert	1171

Kapitel 57: Wiederholte und parallele Verfügungsverfahren	1176
I. Unterscheidung: Verfahrenswiederholung und Parallelverfahren	1176
II. Rechtskraft, Rechtshängigkeit	1177
1. Formelle Rechtskraft	1177
2. Materielle Rechtskraft?	1178
3. Rechtshängigkeit	1179
4. Bedeutung der Rechtskraft für Ablehnungsentscheidungen	1180
5. Bedeutung der Rechtskraft beim Verfügungserlass	1182
6. Rechtsnachfolge	1182
III. Wiederholter Erlass nach versäumter Vollziehung	1183

IV.	Bindungswirkung für den Anspruch aus § 945 ZPO?	1183
V.	Mehrfachverfolgung desselben Wettbewerbsverstoßes	1184
1.	Grundsatz: Unabhängigkeit der Unterlassungsansprüche	1184
2.	Wirkung des Titels gegen Dritte.	1184
3.	Verfahrensmissbrauch, § 8c Abs. 1 UWG	1185
 3. Abschnitt: Der Verfügungstitel		1189
 Kapitel 58: Inhalt der einstweiligen Verfügung		1189
I.	Unterlassungsgebot	1189
1.	Gegenstand des Verfügungstenors	1189
2.	Bindung an den Antrag	1189
3.	Unterlassen, Handeln, Beseitigen eines Stöorzustandes	1190
II.	Andere Anordnungen	1191
1.	Willenserklärungen, Feststellung, Gewinnabschöpfung.	1191
2.	Auskunft und Rechnungslegung	1191
3.	Beschäftigungsverbot	1192
4.	Herausgabe von Gegenständen, Belieferung	1192
5.	Veröffentlichung	1192
6.	Widerruf.	1192
III.	Nebenentscheidungen	1192
1.	Androhung von Ordnungsmitteln.	1192
2.	Sequestration	1193
3.	Kostenentscheidung.	1193
4.	Vorläufige Vollstreckbarkeit	1193
5.	Sicherheitsleistung.	1194
6.	Veröffentlichungsbefugnis	1194
7.	Aufbrauch- und Umstellungsfrist	1195
 Kapitel 59: Die Vollziehung der einstweiligen Verfügung		1196
I.	Allgemeines.	1196
II.	Die zu vollziehenden einstweiligen Verfügungen	1199
1.	Einstweilige Verfügungen auf Unterlassung und Vornahme von Handlungen	1199
2.	Abgeänderte einstweilige Verfügungen	1203
3.	Wiederhergestellte einstweilige Verfügungen	1206
4.	Erledigte einstweilige Verfügungen	1206
III.	Die Vollziehung.	1207
1.	Maßnahmen zur Vollziehung.	1207
2.	Parteizustellung.	1208
3.	Heilung von Zustellungsmängeln	1212
IV.	Das Fristversäumnis	1216
1.	Vollziehungsfrist	1216
2.	Fristwahrung	1218
3.	Wirkungslosigkeit der einstweiligen Verfügung	1218
 Kapitel 60: Abschlusserklärung und Abschlussschreiben		1222
I.	Verhältnis des Verfügungsverfahrens zum Hauptsacheverfahren.	1222
1.	Interessen der Beteiligten	1222
2.	Kein rechtlicher Vorrang der eV.	1223
II.	Bestandssicherung durch Abschlusserklärung	1223
1.	Verbot der Rechtskraftsimulation	1223
2.	Momente der Bestandsgefährdung	1225

3.	Verhältnis zur Unterwerfungserklärung	1226
III.	Inhalt der Abschlusserklärung	1227
1.	Vermeidung von Auslegungszweifeln	1227
2.	Prozessuale Erklärungen	1228
3.	Ergänzende materiellrechtliche Erklärungen.	1231
4.	Einschränkungen, Bedingungen	1232
5.	Annahmebedürftigkeit	1233
6.	Form	1234
7.	Drittwirkung	1234
8.	Kartellrechtsneutralität	1235
IV.	Abschluss schreiben (Aufforderung zur Abschlusserklärung).	1235
1.	§ 93 ZPO als Grundlage der Aufforderung	1235
2.	Inhalt und Form des Abschluss schreibens, Warte- und Erklärungsfrist.	1236
3.	Zugangsprobleme	1238
4.	Kosten	1239
5.	»Umgekehrte« Abschlusserklärung?	1243
V.	Empfehlungen	1243

4. Abschnitt:	Aufhebung der einstweiligen Verfügung	1245
---------------	---	------

Kapitel 61: Aufhebungsverfahren 1245

I.	Aufhebung durch Urteil	1245
1.	Aufhebungsrechtsbehelfe	1245
2.	Zeitpunkt der Aufhebungswirkung	1247
3.	Konkurrenz von Anordnungsverfahren und selbstständigen Aufhebungsverfahren	1247
II.	Titelfortfall infolge Erledigungserklärung	1249
III.	Aufhebung gegen Sicherheitsleistung; Vollstreckungseinstellung.	1250
IV.	Freiwillige Aufhebung	1251
V.	Übersicht über die Aufhebungsfälle	1251

Kapitel 62: Aufhebung nach § 927 ZPO 1253

I.	Selbstständiges Aufhebungsverfahren	1253
II.	Wichtige Aufhebungsgründe	1255
1.	Änderung der tatsächlichen Umstände und der Beweislage	1255
2.	Veränderte Beurteilung der Rechtslage und Wegfall der Rechtsgrundlage	1255
3.	Versäumung der Vollziehungsfrist (§ 929 Abs. 2 ZPO)	1256
4.	Wegfall der Dringlichkeit	1258
5.	Wegfall der Wiederholungsgefahr	1259
6.	Verjährung.	1261
7.	Erlass eines Hauptsacheurteils	1261
8.	Nachschieben von Anspruchsgründen	1264
III.	Konkurrenz mit dem Anordnungsverfahren	1265
IV.	Beseitigung der Kostenentscheidung des Anordnungsverfahrens	1266
V.	Außergerichtliche Aufhebung (»Titelverzicht«).	1267
1.	Rechtsverzicht, Titelmrückgabe	1267
2.	Kostenerstattung	1267
3.	Kein Anspruchsverzicht	1269

Kapitel 63: Aufhebung nach § 926 ZPO 1270

I.	Antrag auf Fristsetzung (§ 926 Abs. 1 ZPO).	1270
1.	Normzweck	1270
2.	§ 926 ZPO statt Art. 50 Abs. 6 TRIPS	1271

3.	Taktische Zweckmäßigkeit des Fristsetzungsantrags	1272
4.	Alternative: negative Feststellungsklage	1273
5.	Reaktion des Antragstellers der eV	1273
6.	Folgen der Fristversäumung	1277
II.	Fristsetzungsverfahren	1277
III.	Erledigung des Verfügungsanspruchs und Zulässigkeit der Fristsetzung	1278
1.	Erledigung als taktische Falle für den Antragsteller	1278
2.	Möglichkeiten der Hauptsacheklage	1279
3.	Fehlende Zulässigkeit der Fristsetzung	1281
4.	Sanktionslose Nichtbeachtung der Frist	1282
IV.	Aufhebung nach § 926 Abs. 2 ZPO	1283
1.	Verfahrensvoraussetzungen, Verfahrensgang	1283
2.	Selbstständigkeit des Aufhebungsverfahrens	1283
3.	Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	1284
4.	Erledigung durch Nachholung der Hauptsacheklage	1285
5.	Anwendung des § 93 ZPO	1285
6.	Aufhebungskonkurrenzen	1285
7.	Fortsetzung des Verletzungsverhaltens	1286
V.	Kostenentscheidungen im Aufhebungsverfahren	1286
VI.	Übersicht über die Aufhebungsfälle	1287

Kapitel 64: Schadensersatz nach § 945 ZPO 1289

I.	§ 945 ZPO als Äquivalent zur Summarität des Eilverfahrens	1290
1.	Zweck der Haftung, systematische Zusammenhänge	1290
2.	Anwendungsbereich des § 945 ZPO	1291
3.	Zuständigkeit	1293
II.	Bindungen des Schadensersatzrichters	1293
1.	Verhältnis zum Hauptsacheverfahren	1293
2.	Verhältnis zum Eilverfahren	1294
III.	Der ersatzfähige Schaden	1297
1.	Vollziehung und Titelverbindlichkeit	1297
2.	Entgegensetzung von Anordnung und Vollziehung	1300
3.	Entgangener rechtswidriger Gewinn; Schadenskausalität	1301
4.	Kosten des Anordnungsverfahrens	1302
5.	Sonstige Einzelheiten	1304
IV.	Verjährung	1306
V.	Eilmaßnahmen im Ausland	1307
VI.	Unionsrecht	1308

Die Unterlassungsvollstreckung 1311

Kapitel 65: Unterlassungsvollstreckung, Handlungsvollstreckung und Beschlagnahme 1313

I.	Problemaufriss	1314
II.	Unterlassungsvollstreckung	1316
1.	Der Tenor	1316
2.	Unterlassungsanspruch und Beseitigungsanspruch	1320
3.	Vollstreckungsarten: Handlung und Unterlassung	1323
III.	Sequestration und Beschlagnahme	1326
1.	Sequestration	1326
2.	Grenzbeschlagnahme nach nationalem Recht	1330
3.	Grenzbeschlagnahme nach Unionsrecht	1340

Kapitel 66: Vollstreckungsvoraussetzungen (Unterlassungsvollstreckung) . . .	1345
I. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	1345
1. Überblick	1345
2. Vollstreckungstitel	1346
3. Vollstreckbarkeit des Titels	1353
4. Ordnungsmittellandrohung	1354
5. Verfahren der Ordnungsmittellandrohung	1358
6. Vollstreckungsklausel	1360
7. Zustellung	1360
8. Sicherheitsleistung	1361
9. Rechtsschutzbedürfnis	1361
II. Zuwiderhandlung	1364
1. Objektiver Tatbestand der Zuwiderhandlung	1365
2. Subjektiver Tatbestand der Zuwiderhandlung: Verschulden	1368
III. Nachweis der Vollstreckungsvoraussetzungen	1373
IV. Verwirkung einer Vertragsstrafe	1375

Kapitel 67: Titelauslegung, Auslegung von Unterwerfungserklärungen	1378
I. Fixierung der Unterlassungspflicht im Erkenntnisverfahren	1378
II. Nachträgliche Inhaltsbestimmung	1380
III. Schutzzumfang des Unterlassungstitels	1381
1. Kerngleiche Verletzungshandlungen	1381
2. Beseitigungspflichten	1384
IV. Schutzzumfang anderer Titel	1386
V. Rechtsprechungsbeispiele	1386
1. OLG München WRP 2002, 266	1386
2. LG Hamburg MMR 2001, 406	1387
3. OLG Köln Pharma Recht 1998, 370	1387
4. OLG Stuttgart WRP 1997, 248	1387
5. OLG Stuttgart NJWE-WettbR 1997, 59	1387
6. OLG Frankfurt/Main NJW-RR 1992, 751	1388
7. OLG Hamm WRP 1989, 812	1388
8. OLG Stuttgart WRP 1989, 276	1388
9. OLG Köln WRP 1989, 334	1389
10. OLG Karlsruhe, Bericht der Wettbewerbszentrale, WRP 1987, 62	1389
11. OLG Naumburg WRP 2007, 566 ff.	1390
12. OLG Hamburg, GRUR-RR 2009, 323	1390
13. OLG Hamburg MMR 2011, 492	1390
14. OLG München GRUR-RR 2011, 32	1391
15. LG Dortmund WRP 2010, 163	1391
16. BGH WRP 2013, 1485 – Umsatzangaben = GRUR 2013, 1071	1391
17. BGH GRUR 2014, 706 – Reichweite des Unterlassungsgebots	1391
18. OLG Frankfurt GRUR-RR 2020, 48 – 420%ige Preiserhöhung	1392
VI. Übertragbarkeit der Auslegungsregeln auf Unterwerfungserklärungen	1392

Kapitel 68: Zuwiderhandlung und zeitlicher Titelbestand	1398
I. Titelverstoß durch Zuwiderhandlung	1398
1. Geschuldetes Verhalten, rechtliche Verklammerung von Einzelhandlungen	1398
2. Fortsetzungszusammenhang	1399
3. »Sanktionsverbrauch«	1400
II. Erstmalige Beachtlichkeit des Unterlassungstitels, Zuwiderhandlung vor der Vollziehung	1401
1. Allgemeine Voraussetzungen	1401
2. Vorherige Vollziehung von Unterlassungsverfügungen	1402
3. Kenntnisse des Schuldners	1404
4. »Auslaufälle«	1405

III.	Zeitlich beschränkt geltende Unterlassungstitel	1405
IV.	Fortfall des Unterlassungstitels nach Zuwiderhandlung	1405
	1. Titelaufhebung und -wiederherstellung, Einstellung der Zwangsvollstreckung	1405
	2. Rückwirkender Fortfall des Titels	1406
	3. Fortfall des Titels mit Wirkung nur für die Zukunft, Erledigung des Rechtsstreits in der Hauptsache	1407
	4. Titelverlust wegen Nichtvollstreckung	1410
V.	Erfüllungseinwand	1410
VI.	Besonderheiten der Verwirkung von Vertragsstrafen	1410
	1. Zeitliche Geltung der Unterwerfungsvereinbarung	1410
	2. Verklammerung von Zuwiderhandlungen	1411

Kapitel 69: Vollstreckungsverfahren 1412

I.	Zuständigkeit	1412
	1. Grundsatz	1412
	2. Prozessgericht erster Instanz	1413
	3. Rechtsmittelgericht im Vollstreckungsverfahren	1415
	4. Rechtsbeschwerde	1417
II.	Das Verfahren	1419
	1. Grundsätze	1419
	2. Antrag	1420
	3. Vollstreckungsparteien	1421
	4. Anwaltszwang	1422
	5. Rechtliches Gehör	1424
	6. Mündliche Verhandlung und Beweiserhebung	1425
	7. Erledigung des Vollstreckungsverfahrens in der Hauptsache	1427
III.	Einwendungen des Schuldners	1428
	1. Überblick	1428
	2. Formelle Einwendungen	1429
	3. Erfüllungseinwand	1430
	4. Tatbestand der Zuwiderhandlung	1430
	5. Schuldhaftigkeit	1431
IV.	Verschuldenszurechnung	1432

Kapitel 70: Vollstreckungsentscheidung nach § 890 ZPO 1434

I.	Der Ordnungsmittelbeschluss	1435
	1. Willensbeugung als vorrangiger Normzweck des § 890 ZPO	1435
	2. Entscheidungsgrundlage, Entscheidungszwang	1435
	3. Inhalt der Entscheidung	1439
	4. Form und Zustellung der Entscheidung	1447
	5. Rechtsmittel	1448
	6. Rechtskraft des Ordnungsmittelbeschlusses	1448
	7. Auslandsbezug des Titels, Auslandsvollstreckung	1449
	8. Vollstreckungsverjährung	1450
II.	Vollstreckung der Ordnungsmittel	1451
III.	Die Kostenentscheidung	1452
	1. Rechtsgrundlage des § 891 S. 3 ZPO	1452
	2. Die Kostenverteilung nach §§ 91 ff. ZPO	1453
	3. Kosten des Beschwerdeverfahrens	1455
	4. Kostenfestsetzung	1456
IV.	Gegenstandswert	1457
	1. Wertfestsetzung zur Bestimmung der Anwaltsgebühren	1457
	2. Das erstinstanzliche Ordnungsmittelverfahren	1457
	3. Das Beschwerdeverfahren	1460

Sonstige wettbewerbliche Klagen	1463
---	------

Kapitel 71: Die Schadensersatzklage	1465
I. Allgemeines.	1465
II. Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs	1467
III. Nachweis des Schadens	1469
IV. Klageantrag.	1474
V. Schadensersatz aus der Unterlassungsvollstreckung einstweiliger Verfügungen (Verweis auf Kap. 62).	1475

Kapitel 72: Die Bereicherungsklage	1476
I. Anwendbarkeit des Bereicherungsrechts im Wettbewerbsrecht	1476
II. Voraussetzungen des Bereicherungsanspruchs	1477
III. Umfang des Bereicherungsanspruchs.	1478
IV. Geltendmachung des Bereicherungsanspruchs	1480

Kapitel 73: Die Feststellungsklage	1481
I. Allgemeines.	1481
II. Die Schadensersatzfeststellungsklage	1482
1. Feststellungsinteresse	1482
2. Klageantrag	1483
3. Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts	1484
III. Die negative Feststellungsklage	1485

Kapitel 74: Die Auskunftsklage und die Rechnungslegungsklage	1488
I. Allgemeines.	1488
II. Der Auskunftsanspruch	1490
1. Voraussetzungen	1490
2. Inhalt und Umfang	1491
3. Durchsetzung im Erkenntnisverfahren	1495
4. Vollstreckung	1497
III. Wirtschaftsprüfervorbehalt	1499
IV. Schadensersatzpflicht.	1501

Kapitel 75: Die Beseitigungsklage.	1502
I. Allgemeines.	1502
II. Der Beseitigungsanspruch.	1504
III. Der Widerrufsanspruch	1509
IV. Durchsetzung	1512

Kapitel 76: Die Gewinnabschöpfungsklage	1513
I. Allgemeines.	1514
II. Voraussetzungen.	1515
III. Aktivlegitimation und Durchsetzung.	1518
IV. Verjährung	1520
V. Zuständigkeit	1520

Kapitel 77: Besichtigung von Sachen und Vorlage von Urkunden.	1521
I. Allgemeines.	1522
II. Anspruchsvoraussetzungen	1524

1.	Hinreichende Wahrscheinlichkeit einer Rechtsverletzung	1524
2.	Erforderlichkeit	1526
3.	Verhältnismäßigkeit	1526
4.	Objekt der Besichtigung oder Vorlage	1527
5.	Besichtigungs- und Vorlagehandlungen	1527
III.	Prozessuale Durchsetzung	1528
1.	Durchsetzung außerhalb eines Hauptsacheverfahrens	1529
2.	Durchsetzung im Hauptsacheverfahren	1537
IV.	Kosten und Schadensersatzpflicht	1539
1.	Gerichtskosten	1539
2.	Kosten der Besichtigung	1540
3.	Schadensersatzanspruch des Schuldners	1540
 Besonderheiten des Kartellzivilprozesses		 1541
 Kapitel 78: Das Verfahren in zivilrechtlichen Kartellstreitigkeiten		 1543
I.	Allgemeines	1543
II.	Beteiligung der Kartellbehörden	1544
III.	Anspruchsinhalt und Klageantrag	1545
1.	Zahlungsansprüche	1545
2.	Ansprüche auf sonstige Leistungen	1546
IV.	Besonderheiten der Beseitigungsklage	1550
 Kapitel 79: Zuständigkeit		 1551
I.	Internationale Zuständigkeit	1551
II.	Sachliche Zuständigkeit	1552
III.	Örtliche Zuständigkeit	1553
IV.	Zuständigkeit in der Rechtsmittelinstanz	1554
V.	Zuständigkeit in anderen Verfahrenslagen	1556
1.	Kompetenzkonflikte	1556
2.	Musterfeststellungsverfahren	1556
3.	Entscheidungen im Zusammenhang mit Schiedsverfahren	1556
 Kapitel 80: Aktiv- und Passivlegitimation		 1558
I.	Aktivlegitimation	1559
II.	Verbandsklagebefugnis	1560
III.	Passivlegitimation	1560
 Kapitel 81: Einstweilige Verfügung		 1563
 Kapitel 82: Vergleich über Marktverhalten		 1566
 Kapitel 83: Akteneinsicht und Offenlegung von Beweismitteln		 1569
I.	Anspruch auf Herausgabe von Beweismitteln	1570
II.	Akteneinsicht im Zivilprozess	1572
III.	Akteneinsicht außerhalb des Zivilprozesses	1573
IV.	Einsicht in Akten der Kommission	1575

Kapitel 84: Schadensersatzklage	1577
I. Bindungswirkung behördlicher Entscheidungen.	1580
1. Bindung nach § 33b GWB	1580
2. Bindung nach Art. 16 Abs. 1 VO 1/2003	1583
3. Bindungswirkung für Unterlassungs- und Beseitigungsklagen	1583
4. Aussetzung nach § 148 oder § 149 ZPO	1584
5. Vorlage an den EuGH	1584
II. Prozessuale Vorgehensweise.	1585
III. Schadensberechnung	1586
1. Grundsatz	1586
2. Vertragliche Schadenspauschalierung	1587
3. Beweiserleichterungen	1588
4. Abwälzung des Schadens.	1591
IV. Zinsen	1593
 Kapitel 85: Verjährung.	1594
I. Verjährungsfrist	1594
II. Hemmung	1596
 Kapitel 86: Kollektivschadensersatz	1598
I. Vorteilsabschöpfung	1599
II. Möglichkeiten der kollektiven Geltendmachung von Ersatzansprüchen nach geltendem deutschem Recht	1600
III. Vorgaben der Europäischen Union	1602
1. Empfehlung für kollektive Unterlassungs- und Schadensersatzverfahren.	1602
2. Richtlinie (EU) 2020/1828 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinter- sen der Verbraucher.	1605
 Kapitel 87: Gesamtschuldnerausgleich	1607
I. Allgemeine Grundsätze	1607
II. Geldbußen	1608
III. Besonderheiten für kleine und mittlere Unternehmen und für Kronzeugen	1609
 Entscheidungsregister (BGH)	1611
 Entscheidungsregister (EuGH)	1673
 Stichwortverzeichnis	1679